

Kleine Anfrage 2624

des Abgeordneten Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

Nachfrage zur Kleinen Anfrage Nr. 2502: Wartung von Druckluftflaschen für Sauerstoff der Feuerwehr im Land Brandenburg

Die erhaltene Antwort (6/6328) ist im Hinblick auf die Vorstellungen zum Umgang mit öffentlichen Mitteln irritierend. § 5 Nummer 3 des Brandenburgischen Brand- und Katastrophengesetzes (BbgBKG) hat die Möglichkeit geschaffen, dass die Landesschule und Technische Einrichtung für den Brand- und Katastrophenschutz (LSTE) alle diese Leistungen alleinig ausführen darf. Es besteht Verständnis dafür, die technische Absicherung der Verfügbarkeit der Ausrüstungen sichergestellt sein muss. Daher muss auch die damit beauftragte Wartungsfirma absolut zuverlässig sein. Dies erklärt aber nicht, warum keine Ausschreibungen stattfinden können sollen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was spricht aus Sicht der Landesregierung dagegen, entgegen der derzeitigen Regelung die Wartungsleistungen öffentlich auszuschreiben? In der Antwort zu Frage 6 heißt es, dass keine Alternativkosten von externen Anbietern bekannt sind. Somit gibt es auch keine Erkenntnisse zu möglichen niedrigeren Kosten und zu Gründen der Nichtinanspruchnahme externer Anbieter. Plant die Landesregierung eine Neubewertung dieses Zustandes?
2. In der Antwort zu Frage 5 heißt es, dass die Prüfungskosten das Land trägt und den Aufgabenträgern somit keine Kosten entstehen. Das ist für die Aufgabenträger sicher verlockend, die Leistungen des LSTE in Anspruch zu nehmen. Aber diese Kosten müssen ja auch aus öffentlichen Landesmitteln bestritten werden. Wo sieht das Land den Unterschied zwischen anfallenden Kosten, die vom Land bestritten werden müssen und solchen, die vom Aufgabenträger bestritten werden müssten bzw. rechtfertigt diese „Unterscheidung“ die Nichtnutzung von Ausschreibungsmöglichkeiten?